

KURZ UND PRÄGNANT

Menschenfeindlicher Hetze die Stirn bieten

„Die Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte häufen sich bundesweit. Dies ist auch in Thüringen zu beobachten. Allein von September bis November 2013 gab es 20 Veranstaltungen der rechten Szene gegen Flüchtlinge bzw. Asylbewerberunterkünfte“, so Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion. Erst vor wenigen Wochen war es in Waltershausen zu einer Demonstration von ca. 70 Personen – unter diesen eindeutig Neonazis – gekommen. Bürger berichten von einer zunehmend rassistischen Stimmung. Ähnliches ist derzeit in vielen Kommunen Thüringens zu beobachten – sei es Jena oder im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt. Die Abgeordnete macht darauf aufmerksam, dass in Thüringen Neonazis Ängste oder Vorbehalte von Bürgern aufgreifen, um auf Stimmenfang zu gehen. Der extrem rechte Hintergrund ist dabei nicht für alle sofort erkennbar. „Ob beim Widersprechen von fremdenfeindlichen Stammtischparolen in der Kneipe oder beim Widerstand gegen rechte Propaganda auf Thüringens Straßen, hier gilt es, gemeinsam gegen menschenfeindliche Gesinnung aktiv zu werden und Rassisten aller Couleur die Stirn zu bieten“, sagte Katharina König. ■

Sanierungsstau bei Brücken beenden

„Es werden viel zu wenig Mittel zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Thüringen eingesetzt“, sagte Dr. Gudrun Lukin, Sprecherin für Verkehrspolitik der Linksfraktion, mit Bezug auf eine Antwort der Landesregierung auf ihre Anfrage zum Zustand der Brücken in Thüringen. Demnach sind fast ein Drittel aller Brücken auf Thüringer Landes- und Bundesstraßen sanierungsbedürftig. Viele sollten wegen der starken Schäden komplett ersetzt werden. Dabei sei der unbefriedigende Zustand der Landes- und Bundesbrücken „sicher nur die Spitze des Eisbergs“.

Die Abgeordnete verweist auf eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik. „Offenkundig gibt es bei Brücken einen enormen Sanierungsstau. Gegenwärtig versuchen sich die Straßenbaubehörden vor allem mit Geschwindigkeitsbegrenzungen zu behelfen, um Brücken nicht sperren zu müssen. Das kann allerdings keine Dauerlösung sein.“ Die Abgeordnete fordert von der Landesregierung, die Kommunen nicht im Regen stehen zu lassen, die keine Mittel zur Brückenunterhaltung aufbringen können. Gudrun Lukin kündigte hierzu eine parlamentarische Initiative im Landtag an. ■

Gegen rückwirkende Erhebung von Beiträgen

„Es ist mitnichten gelungen, ein rechtssicheres und transparentes Gesetz vorzulegen“

Gegen die von der Landesregierung geplante praktisch unbegrenzte Rückwirkung von Straßenausbau-Beitragsforderungen hatten Mitglieder von Thüringer Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben am 27. Februar vor dem Landtags-Plenargebäude in Erfurt protestiert (siehe Foto), bevor hier die Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes beschlossen werden sollte. Unterstützt wurden sie von Abgeordneten der Linksfraktion.

Namens der Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben hatte Peter Hammen gefordert: „Keine rückwirkende Erhebung von Beiträgen. Wenn Bürgerinnen und Bürger für Investitionen zahlen sollen, dann muss im Vorfeld geklärt werden, wie und in welcher Höhe. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sind einzuhalten. Der Gesetzentwurf der Regierungskoalition ignoriert diese Rechtsprechung.“

Ausdrücklich unterstützt wurde der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, eine maximal vierjährige Rückwirkung zuzulassen – dies sei „ein möglicher Kompromiss“. Der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank Kuschel, der betont hatte, wie wichtig der außerparlamentarische Protest gerade auch bei der verfehlten Thüringer Kommunalabgabepolitik ist, kündigte bei entsprechend veränderten politischen Mehrheiten nach der Landtagswahl im Herbst Korrekturen der Gesetzgebung an.

In der Landtagsdebatte hatte Frank Kuschel u.a. erklärt: „Wir sind alle vom

Kommunalabgabengesetz betroffen. Jeder – jede Bürgerin, jeder Bürger in diesem Land, jedes Unternehmen – ist in irgendeiner Art und Weise von der Regelung des Kommunalabgabengesetzes betroffen. (...) Wir müssen uns tatsächlich fragen, ob Teile des Kommunalabgabengesetzes, die am Ende des 19. Jahrhunderts in Preußen ent-

der Landesregierung und der Regierungskoalition versprochen, dass es jetzt eine rechtssichere Regelung gibt, die praxistauglich ist und die von den Bürgerinnen und Bürgern verstanden wird und auch von den Kommunalverwaltungen, von den Zweckverbänden, von den Rechtsaufsichtsbehörden, und das wird zu einer Beruhigung der Situa-



wickelt wurden, wirklich noch geeignet sind, im 21. Jahrhundert Probleme, Finanzprobleme in diesem Land zu lösen. Da sagen wir ganz eindeutig nein. Das bedarf grundsätzlicher Veränderung. Das steht aber heute hier nicht auf der Tagesordnung, das ist ein Angebot an die Öffentlichkeit, das wir hier unterbreitet haben für die Zeit nach der nächsten Landtagswahl und da müssen dazwischen Wählerinnen und Wähler entscheiden, ob sie eine solche neue Herangehensweise im Kommunalabgabenrecht wollen. 2011 bei der damaligen Novelle haben uns Vertreter

tion führen. Diese Aussage hat nicht lange Bestand gehabt. Nach eineinhalb Jahren hat jetzt das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung getroffen, aber auch das Thüringer Oberverwaltungsgericht hat eine Entscheidung getroffen und der jetzige Gesetzentwurf ist eine Reaktion auf diese Rechtsprechung.

Was aber festzuhalten bleibt, ist, dass es mitnichten Ihnen gelungen ist, ein rechtssicheres, anwendbares, verständliches, transparentes Gesetz hier zu beschließen und der Öffentlichkeit vorzulegen.“ ■

„Schwierigkeiten bei der Beantwortung“

Innenminister war über V-Mann-Tätigkeit eines NPD-Funktionärs informiert

Auch mit einem aufschlussreichen Aktenvermerk hatte es der Untersuchungsausschuss 5/2 des Thüringer Landtags, der die Machenschaften des früheren NPD-Funktionärs und V-Mannes Kai-Uwe Trinkaus aufarbeitet, am 7. Februar 2014 zu tun. Trinkaus hatte seinerzeit versucht, die Jugendorganisation der SPD, die Linksfraktion im Thüringer Landtag sowie den Bund der Vertriebenen mit Gesinnungsgenossen zu unterwandern und zu diskreditieren. Von den Behörden gewarnt worden war nur der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, ein CDU-Landtagsabgeordneter.

Angefertigt hatte den Vermerk Thomas Sippel, von 2000 bis 2012 Präsident des Thüringer Geheimdienstes „Landesamt für Verfassungsschutz“. Die im April 2007 entstandene Notiz erlangte eine gewisse Bedeutung und beschäftigte sogar den damaligen Innenminister Karl Heinz Gasser (CDU).

In der Angelegenheit des V-Mannes „Ares“ (der Deckname von Trinkaus beim Geheimdienst), so heißt es in dem Vermerk, habe auf Initiative von Sippel eine Unterredung mit dem Minister stattgefunden. Der Hintergrund: Sippel hatte erfahren, dass die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag offenbar eine parlamentarische Anfrage plante: in einer Pressemitteilung hatte die NPD auf die Wahl ihres Kreisvorsitzenden Trinkaus aufmerksam gemacht und darauf verwiesen, dass der früher für die PDS im Stadtrat gesessen habe. Tatsächlich war Trinkaus etliche Jahre früher kurzzeitig PDS-Stadtratsmitglied gewesen, die CDU wollte das wohl propagandistisch ausschlagen.

Doch Sippel war aufgeschreckt – denn Trinkaus arbeitete eben auch als Spitzel für den Verfassungsschutz. Er habe Gasser darauf aufmerksam gemacht, dass eine derartige Anfrage sich auf einen V-Mann beziehen würde

„und daher Schwierigkeiten bei deren Beantwortung nach sich ziehen könne“. Klar ist damit, dass Gasser vor den perfiden Aktionen von Trinkaus gegen mehrere Landtagsabgeordnete der Linksfraktion über dessen V-Mann-Tätigkeit informiert war. Es sei abzuwägen, so Sippel weiter, „ob vorsorglich in einem Gespräch mit der Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion die Problematik zu erörtern“ sei.

Fraktionsvorsitzende der CDU war in dieser Zeit die heutige Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht. Laut des Aktenvermerks erklärte Gasser, selbst mit der Parteifreundin über die Angelegenheit sprechen zu wollen. Er konnte vom Ausschuss bisher allerdings dazu noch nicht befragt werden. Doch eine entsprechende parlamentarische Anfrage wurde von der CDU-Landtagsfraktion damals nicht gestellt.

Stefan Wogawa